

## III POLITIKSTRATEGIE

# Zielkonflikte im Visier

Bund und Länder arbeiten daran, die Rahmenbedingungen der biobasierten Wirtschaft zu verbessern.

Zwei Bundesministerinnen, die Vorsitzende des Bioökonomierates und ein rotes Abendkleid, das aus Reststoffen der Milchproduktion hergestellt wurde – mit diesem Bild hat die Bundesregierung im Juli ein Signal in Richtung Bioökonomie gesetzt. Nachdem im Jahr 2010 erste Schritte mit der Nationalen Forschungsstrategie Bioökonomie unternommen wurden, soll nun der weitere Rahmen für den Ausbau einer biobasierten Wirtschaft geschaffen werden. Ziel: Die Industrie dazu bringen, noch stärker als bisher auf nachwachsende Rohstoffe zu setzen. Dafür hat die Bundesregierung die „Politikstrategie Bioökonomie“ beschlossen, die Mitte Juli von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner sowie Bundesforschungsministerin Johanna Wanka vorgestellt wurde. „Wir müssen wegkommen vom Öl und lernen, stärker zu nutzen, was die Natur uns bietet“, sagte Aigner.

Das Papier widmet sich drei Querschnitts- und fünf thematischen Handlungsfeldern und deckt damit aus Sicht der Bundesregierung alle Politikfelder ab, die für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige Bioökonomie relevant sind. Es werden dabei nicht nur Maßnahmen für die Industrie-, Energie- und Agrarpolitik formuliert, sondern auch für die Klima-, Umwelt-, Forschungs- und Entwicklungspolitik. Neben dem Bundesforschungs- und Bundeslandwirtschaftsministerien waren an der Erstellung des Papiers auch das Bundesumwelt-, das Bundeswirtschafts- sowie das Bundesentwicklungsministerium beteiligt.

### 270 Millionen Euro BMBF-Mittel stehen noch zur Verfügung

Anders als bei der Nationalen Forschungsstrategie Bioökonomie, für die bis 2016 rund 2,4 Mrd. Euro bereitgestellt werden, sind mit der Politikstrategie keinen neuen Gelder verbunden. „In den vergangenen Jahren konnten wir bereits etliche Initiativen – zum Beispiel in der industriellen Biotechnologie – auf den Weg bringen. Für künftige Aktivitäten stehen noch etwa 270 Millionen Euro bereit“, sagte Forschungsministerin Wanka. Um die nachhaltige Nutzung von Agrarflächen zu stärken, wurde eine neue Fördermaßnahme veröffentlicht.



**Drei Frauen und ein biobasiertes Abendkleid: Die Bundesministerinnen Johanna Wanka (l.) und Ilse Aigner (r.) sowie die Vorsitzende des Bioökonomierates Christine Lang bei der Präsentation der Politikstrategie Bioökonomie im Juli.**

Die Bioökonomie sei schon jetzt ein Wachstumsmarkt, betonte auch Christine Lang. Die Geschäftsführerin der Berliner Biotech-Firma Organobalance war als eine der beiden Vorsitzenden des Bioökonomierates ebenfalls bei der Präsentation des Strategiepapiers dabei. Das Gremium berät die Bundesregierung in Fragen der Bioökonomie und zeigte bei der Pressekonferenz einige aktuelle Beispiele für biobasierte Produkte, darunter auch das Kleid der Qmilk GmbH. „Die Bioökonomie ist bereits heute Realität und sie wächst weiter. Daher begrüßen wir als Bioökonomierat die Verabschiedung der Politikstrategie und sehen einige unserer Forderungen implementiert“, sagte Lang. Angesichts der starken internationalen Konkurrenz komme das Papier zur rechten Zeit. „Im internationalen Wettbewerb müssen wir uns mit anderen Industrienationen sowie rohstoffreichen Ländern wie Brasilien messen. Wir müssen in Deutschland noch mehr als bisher darauf setzen, Rohstoffe zu veredeln, statt sie zu verbrennen“, so Lang.

Der Fokus der Politikstrategie auf eine Stärkung der stofflichen Nutzung von Biomasse und einer verbesserten Nutzung auch von Reststoffen gehe dabei in die richtige Richtung. Auch die Thematisierung von Zielkonflikten bei der Nutzung nachwachsender Rohstoffe sei wichtig – etwa mit Blick auf Hindernisse bei der stofflichen Nutzung. So wird derzeit besonders für die „Erzeugung“ von Bioenergie ein großer Teil der zur Verfügung stehen-

den Biomasse verwendet, gefördert durch das aktuelle Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG). Ein deutlicher Nachteil für die stoffliche Nutzung, die nur in Form von Forschungsprojekten gefördert wird. Dieses Problem wird im Papier erkannt. „Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe ist stärker auf die effizientesten Verwertungspfade zu konzentrieren“, heißt es. Als Konsequenz daraus könnten künftig Bioenergie-Förderungen angepasst werden und auch das EEG eine Novellierung erfahren.

### NRW mit eigener Strategie

Die Bioökonomie ist jedoch nicht nur auf Bundesebene im Gespräch. Mitte Juli hat auch das Landeskabinett von Nordrhein-Westfalen eine Bioökonomie-Strategie beschlossen, die auf die Themen Bioraffinerien, Biopolymere und Biopharmazeutika setzt. Die Inhalte hatte das Land basisdemokratisch erarbeitet und zahlreiche Beteiligte zur Mitarbeit eingeladen. Nun sollen die Eckpunkte in die Arbeit der Ministerien integriert werden. Eine wichtige Einschränkung macht die NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze jedoch: Der Anbau, die Freisetzung und die Verwendung gentechnisch veränderter Pflanzen sind ein absolutes Tabu. Stattdessen sollen die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zur Entwicklung „guter Standards“ für die Bioökonomie eingebunden werden.

s.wirsching@biocom.de